

vbb magazin

1/2

Januar/Februar 2021 • 60. Jahrgang



Der Bundeswehrbeamte

Zeitschrift des Verbandes
der Beamten und Beschäftigten
der Bundeswehr

Das starke „Wir“ unserer Gemeinschaft

Seite 8 <

Interview des VBB
mit der Präsidentin
des BAPersBw,
Sabine Grohmann

Seite 14 <

Beitrag der
VBB-Fraktion
zur ersten
HPR-Sitzung



© VBB

*Liebe Kolleginnen und Kollegen,
liebe Mitglieder und Gastler,*

letztes Jahr um etwa diese Zeit gab es scheinbar unbedeutende Meldungen über den Ausbruch einer Pandemie im chinesischen Wuhan. Für nicht wenige waren diese fernen Vorkommnisse etwa so wichtig wie ein Bericht über den berühmten Sack Reis, der irgendwo in China umgefallen ist. Gesunde Kontinuität in Europa war angesagt. Das Jahr 2020 verlief allerdings komplett anders als erwartet. Nahezu alle haben die Entwicklung der ersten Pandemiewelle unterschätzt, die der neuartige Virus verursacht hat. Jeden Tag lernten Politik und Verwaltung aufs Neue, sich der aktuellen Lage anzupassen. Alle hofften deshalb auf einen entspannten Herbst ohne Einschränkungen.

Genderhinweis: Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird auf die gleichzeitige Verwendung der Sprachformen männlich, weiblich und divers (m/w/d) verzichtet. Sämtliche Personenbezeichnungen gelten gleichermaßen für alle Geschlechter.

> Impressum

Herausgeber: Bundesgeschäftsstelle des VBB, Baumschulallee 18 a, 53115 Bonn. **Telefon:** 0228.38927-0. **Telefax:** 030.31174149. **Redaktion:** Bundesgeschäftsstelle des VBB. **Internet:** www.vbb-bund.de. **E-Mail:** mail@vbb-bund.de. **Herausgeber der dbb seiten:** Bundesleitung des dbb beamtenbund und tarifunion – Bund der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes und des privaten Dienstleistungssektors – Friedrichstraße 169, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.4081-40. **Telefax:** 030.4081-5598. **Internet:** www.dbb.de. **E-Mail:** magazin@dbb.de. **Leitende Redakteurin:** Christine Bonath (cri). **Redaktion:** Jan Brenner (br). **Bezugsbedingungen:** Die Zeitschrift erscheint 10-mal im Jahr und ist für VBB-Mitglieder im Beitrag eingeschlossen. Nichtmitglieder bestellen in Textform beim DBB Verlag. Inlandsbezugspreis: Jahresabonnement 33,60 € zzgl. 7,20 € Versandkosten, inkl. MwSt.; Mindestlaufzeit 1 Jahr. Einzelheft 3,80 € zzgl. 1,40 € Versandkosten, inkl. MwSt. Abonnementkündigungen müssen bis zum 1. Dezember in Textform beim DBB Verlag eingegangen sein, ansonsten verlängert sich der Bezug um ein weiteres Kalenderjahr. **Verlag:** DBB Verlag GmbH, Friedrichstraße 165, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.7261917-0. **Telefax:** 030.7261917-40. **Internet:** www.dbbverlag.de. **E-Mail:** kontakt@dbbverlag.de. **Versandort:** Geldern. **Herstellung:** L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien, Marktweg 42–50, 47608 Geldern. **Layout:** FDS, Geldern. **Anzeigen:** DBB Verlag GmbH, Mediacenter, Dechenstraße 15 a, 40878 Ratingen. **Telefon:** 02102.74023-0. **Telefax:** 02102.74023-99. **E-Mail:** mediacenter@dbbverlag.de. **Anzeigenleitung:** Petra Opitz-Hannen. **Telefon:** 02102.74023-715. **Anzeigenverkauf:** Andrea Franzen. **Telefon:** 02102.74023-714. **Anzeigen disposition:** Britta Urbanski. **Telefon:** 02102.74023-712. **Preisliste 62** (dbb magazin) und **Preisliste 46** (vbb magazin), gültig ab 1.10.2020. **Druckauflage:** dbb magazin: 571 338 (IVW 4/2020). **Preisliste 62** (vbb magazin) und **Preisliste 46** (vbb magazin), gültig ab 1.10.2020. **Druckauflage:** dbb magazin: 571 338 (IVW 4/2020). **Anzeigenschluss:** 6 Wochen vor Erscheinen. Gedruckt auf Papier aus elementar-chlorfrei gebleichtem Zellstoff.

ISSN 0521-7814

gen. Aber es kam anders und es ist noch lange nicht vorbei!

■ Eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung von ungeahntem Ausmaß

In einem in der „Zeit“ erschienenen Essay stellte Jakob Simmank dazu eine interessante These auf: Die kleine Antwort führt oft ins große Unglück. Die COVID-19-Pandemie könnte die krisenentwöhnten Deutschen etwas lehren: Probleme verschwinden nicht dadurch, dass man sie politisch kleinredet. Es passiert das Gegenteil. Der Autor zitiert, dass wir deshalb in der zweiten Welle sind, weil wir trotz Pandemie auf nichts verzichten wollen und deutsche Politik in allen ihren Reflexen darauf ausgerichtet ist, Extremes zu vermeiden und zu negieren. Als Antwort auf die ideologischen Extreme des zwanzigsten Jahrhunderts ist eine solche politische Kultur wohl sinnvoll. Im Angesicht existenzieller Krisen aber wird sie zum Hindernis.

Jetzt im Januar kann man seine Aussagen so nicht mehr stehen lassen, wenn man erneut drastischen Maßnahmen und die empfindlichen Einschränkungen zu ertragen hat.

■ Mittlerweile haben Politik und Gesellschaft schmerzlich gelernt

„Was für ein Jahr liegt hinter uns. (...) 2020 ist etwas über uns gekommen, womit die Welt nicht gerechnet hatte.“ Das sagte unsere Bundeskanzlerin in ihrer voraussichtlich letzten Neujahrs- >

>	Nachruf für unser Ehrenmitglied Dietmar Zimmer	6
>	Was bringt 2021?	6
>	Abschaffung des Solidaritätszuschlags (Soli) ab dem 1. Januar 2021 Bezüge-abrechnung Januar	7
>	Interview des VBB mit der Präsidentin des Bundesamtes für das Personalmanagement der Bundeswehr (BAPersBw), Sabine Grohmann	8
>	2021 – wo stehen wir?	10
>	Verteidigungsministerin legt Bundeswehr-Personalplanung bis 2027 fest – Militärischer Personalkörper bleibt bei 203.000 Soldatinnen und Soldaten, ziviler Bereich wächst um 1.900 Stellen	11
>	Erfolgreiches Wirken: Einheitliche Beurteilungsbestimmungen sind in Kraft gesetzt	11
>	9. Änderungsverordnung der Bundesbeihilfeverordnung verkündet	12
>	An Tagen wie diesen – Bundesvorstandssitzung online	12
>	Auch die Bundesleitung tagt online ...	13
>	Konstituierende Sitzung HPR	13
>	VBB-Fraktionsvorbesprechung	14
>	Beitrag der VBB-Fraktion zur ersten HPR-Sitzung	14
>	Bundeswehrfeuerwehr	14
>	Bundeschwerbehindertenvertretung	15
>	Wissenswertes für Senioren	16
>	Seminare	16
>	Von unseren Mitgliedern	17
>	Aus unseren Bereichen und Landesverbänden	19
>	Personalnachrichten	22

>	dbb Jahrestagung 2021 Nach der Krise ist vor der Krise – Staat neu denken!	24
>	vorgestellt Studie „Verwaltung in der Krise“: Beschäftigte wollen Innovationen	27
>	Monitor öffentlicher Dienst 2021	29
>	bundesbeamte Änderungen im Bereich des Beihilferechtes des Bundes	30
>	frauen Frauen in Führungspositionen: Kulturwandel kann Fortschritt beschleunigen	33
>	gesundheitspolitik Gespräch mit dem Bundesgesundheitsminister	35
>	europa Öffentliche Dienste: Stabilität, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit	41
>	8. CESI-Kongress: Führungsspitze für weitere Mandatsperiode gewählt	44
>	interview Horst Seehofer, Bundesminister des Innern, für Bau und Heimat	46

ansprache und fügte hinzu: „Die Pandemie ist eine Jahrhundertaufgabe.“ Nie zuvor in ihrer Kanzlerschaft habe sie ein so sorgenvolles Jahr erlebt. Für Bundespräsident Frank-Walter *Steinmeier* ist das ein Anlass, den Deutschen Mut zu machen: „Wir werden diese Krise überwinden – das muss gelingen und es wird gelingen.“

Wenige Tage zuvor warnte der Zukunfts- und Trendforscher *Horx* an anderer Stelle (Deutschlandfunk) vor einem „apokalyptischen Diskurs“, wie er oftmals in Talkshows zu sehen sei. Krisen hätten auch immer zu Fortschritt geführt.

Horx räumte ein, dass die Corona-Pandemie die sozialen Systeme „auf die Probe“ stelle und Risse in der Gesellschaft aufgezeigt habe. Allerdings gebe es inzwischen eine erhebliche Zahl an Menschen, die in dieser Krise auch gewachsen seien. So hätten 60 bis 70 Prozent der Teilnehmer einer Befragung erklärt, sie hätten in dieser Krise etwas erlebt, was sie nicht vermisen wollten. Horx nannte das Phänomen „Nachdenklichkeit“. Es sei nicht eine Frage der Heilserwartung, sondern die Frage, ob eine Gesellschaft sich der neuen Realität stelle. Während der Pandemie sei der Populismus in seiner reinen Wutform und Zerstörung sichtbar geworden. Auf die Frage, ob Verschwörungstheoretiker nun Hochkonjunktur hätten, meinte Trendforscher Horx, es gäbe immer Menschen, die durchdrehten. Eine Mitschuld für diese Entwicklung sieht er bei „den“ Medien, die „uns zwingen, immer auf das Negative zu starren, nur auf das, was nicht funktioniert“. Die Themen würden dadurch vergrößert und verstärkt. Publizist Horx warb stattdessen für einen Sinneswandel. Man könne die mit der Krise verbundenen Probleme als Herausforderung verstehen und andere Wege gehen.

► Von der gesellschaftlichen Betrachtung zur gewerkschaftlichen Perspektive

„Corona versetzt Gewerkschaften in Stress“ – so betitelte die Nachrichtenagentur dpa jüngst eine aktuelle Umfrage unter Gewerkschaften. „Die Gremienarbeit sei in der Pandemie stark verlangsamt“, ergänzte Ulrich Silberbach, Bundesvorsitzender des Deutschen Beamtenbundes dbb mit Blick auf die Personalräte, denen in Zeiten von Lockdown und Homeoffice die Möglichkeit zum informellen Klärungsgespräch, zum kurzen Austausch genommen ist.

Speziell in unserem Ressort kam der lange und schwierige Weg zur Personalratswahl noch hinzu, den viele engagierte Mitglieder in vielfältiger Weise für ihren VBB gegangen sind: Liebe Kolleginnen und Kollegen, euer Einsatz bleibt großartig und vorbildlich!

► Die dbb Familie hält zusammen

Abgeordnete Kerstin *Lühmann*, Mitglied des Deutschen Bundestags und stellvertretende Bundesvorsitzende des dbb, schrieb mir diese Tage: „Im Vergleich zu fast allen anderen Ländern sind wir durch diesen Stress-Test des Systems bislang vergleichsweise gut gekommen. Daran hat der öffentliche Dienst einen entscheidenden Anteil. Wir sind in vielen systemrelevanten Bereichen die verlässliche Konstante unseres Gemeinwesens. Manche Kolleginnen und Kollegen haben sogar eine ungeahnte öffentliche Würdigung ihrer Arbeit kennengelernt. In Zeiten der schnell und zuverlässig geforderten Exekutive haben wir die Gesellschaft oft am Laufen gehalten. Umso mehr haben wir Grund, mit großem Selbstvertrauen unsere

Positionen entschieden zu vertreten ...“

Astrid Hollmann, stellvertretende Bundesvorsitzende dbb, hat ebenfalls die „dbb Familie“ im Blick (gemeint sind der dbb und seine Mitglieds-gewerkschaften und Verbände): „Wir haben gelernt, unsere Arbeit, die so sehr vom persönlichen Miteinander lebt, digital zu tun. Das war oft erleichtert und fast immer erfolgreich, politisch und auch ganz persönlich.“ Weiter betont sie die wohlthuenden Verbindungen, denen ein wenig digitale Distanz nichts anhaben können im Kampf um das Wohlergehen und die Rechte unserer Mitglieder.

► Die Pandemie als Digitalisierungstreiber

Diese digitale Distanz bleibt eine wesentliche Herausforderung nicht nur für die Verbandsarbeit, sondern auch für den täglichen Dienst. Noch als stellvertretender Bundesvorsitzender habe ich schon lange vor der Pandemie auf die Bedeutung einer vernünftigen, menschenfreundlichen Digitalisierung der Bundeswehrverwaltung hingewiesen, weil dieses Thema hohe Relevanz für unsere Mitglieder hat. Anlass war der Personal-mangel, der durch Digitalisierung gemildert werden kann. Jetzt hat uns die Pandemie in aller Härte gezeigt, dass ohne entsprechende IT-Ausstattung (mit passenden Abläufen und Vorschriften!) Homeoffice und digitales Arbeiten kaum möglich ist. Einige Kolleginnen und Kollegen sind deshalb ungeduldig, manche sogar unzufrieden, aus für mich nachvollziehbaren Gründen. Dennoch ist mit Kritik Vorsicht angebracht, damit diese nicht die Falschen trifft. Leider kann die in den letzten Jahren begonnene Entwicklung zu mehr Digitalisierung in der Bundeswehrverwaltung jetzt nicht schlag-

artig beschleunigt werden. Trotz laufender Pandemie-maßnahmen wurde in Sachen Digitalisierung an einigen Stellen schon viel erreicht, aber eben noch nicht überall. Dazu ist die Herausforderung zu umfassend und Digitalisierung ist nun einmal kein abgeschlossener Prozess.

► Digitalisierung für die Menschen, nicht gegen die Menschen

Viele unserer Kolleginnen und Kollegen haben im vergangenen Jahr Beachtliches geleistet, damit einerseits der Betrieb im gesamten Ressort aufrechterhalten wird, andererseits Abstand durch Homeoffice gehalten wird. Der Bundesvorstand des VBB hat der Digitalisierung der Verwaltung bei seiner Online-Sitzung viel Raum gewidmet, aus gutem Grund! Und der VBB hat prominente Unterstützung:

„Wir müssen aus der Pandemie die Lehre ziehen, dass in die Digitalisierung endlich mehr Drive hineinkommt“, erklärte der dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach am 25. Dezember 2020 gegenüber der Deutschen Presse-Agentur (dpa) in Berlin. Der dbb Chef plädierte in diesem Zusammenhang für eine deutliche Aufstockung der finanziellen Mittel für die Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung.

Auf den Internetseiten dbb.de wird weitere prominente Unterstützung zitiert: „Der öffentliche Dienst hat sich in der Pandemie als Rückgrat des Staates erwiesen. Der dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach und Bundesinnenminister Horst *Seehofer* haben gemeinsam auf der digitalen Jahrestagung des dbb am 11. Januar 2021 die herausragende Leistung der Beschäftigten gewürdigt, aber auch den Nachholbedarf in Sachen Digitalisierung diskutiert.“

Worte allein werden allerdings nicht ausreichen, das zeigt die bisherige Entwicklung. Die konkreten Arbeitsbedingungen werden sich nur dann verbessern, wenn sich auch die jeweilige Leitung des Hauses dafür einsetzt. Digitalisierung ist auch Cheffinnensache.

Wir als Verbandsangehörige müssen uns getreu unserem VBB-Motto „kritisch, konstruktiv, kompetent“ für dieses herausfordernde Ziel einsetzen, an allen Stellen in unserem Ressort. Jedes Mitglied kann sich praktisch vor Ort einbringen, für sich und andere, es lohnt sich.

Dann gibt es noch die wertvolle Möglichkeit der Mitbestimmung. Unsere Personalräte sind aufgerufen, alle ihre Möglichkeiten zu nutzen, um die Digitalisierung der Verwaltung menschenfreundlich voranzutreiben, denn moderne Arbeitsbedingungen kommen direkt den Menschen in der ganzen Bundeswehr zugute. Gerade Personalräte sind prädestiniert, einen gewinnbringenden Ausgleich zwischen den Interessen der Behördenleitung und ihren Kollegen zu befördern, denn Homeoffice und Digitalisierung haben auch ihre Tücken. Unsere Personalräte wissen aus eigener Erfahrung: Es genügt bei Weitem nicht, nur an die Beschaffung von Hard- und Software zu denken. Beim Aufbau einer leistungsfähigen und flächendeckenden digitalen Infrastruktur

treten die sozialen Aspekte zunehmend an den Tag. Darüber muss man auf Augenhöhe reden und dazu gibt es ein passendes Zitat von einem sehr klugen Kopf:

„Die größten menschlichen Errungenschaften sind durch Kommunikation zustande gekommen – die schlimmsten Fehler, weil nicht miteinander geredet wurde.“ (Stephen Hawking, britischer Astrophysiker)

■ Das starke „Wir“ unserer Gemeinschaft

Kommen wir zurück zum VBB, zu verbandsinternen Angelegenheiten. Das Jahr 2020 hat uns veranlasst, das starke „Wir“ unserer Gemeinschaft neu zu denken. Ausgelöst durch die verordnete Isolation beschreiten wir alle gangbaren Wege, um die enge Verbindung zu unseren Mitgliedern und politischen Ansprechpartnern nicht abreißen zu lassen. Kommunikation ist das A und O, um gemeinsame Ziele zu verfolgen und Verbesserungen für die Beschäftigten zu erreichen. Auch wenn die Technik den Austausch manchmal mühsam macht, sollten wir im Gespräch bleiben und weiter miteinander reden. Ich sehe mit großer Freude, dass das konstruktive Miteinander im VBB fortgeführt wird. Herzlichen Dank an die engagierten Mitglieder, die unseren Werten so lebendigen Ausdruck verleihen.

An dieser Stelle möchte ich die unverzichtbaren Aktivitäten des Teams unserer Bundesgeschäftsstelle hervorheben, namentlich Frau *Bauske-Bonaventura*, Frau *Braun*, Herrn *Gehrmann*, Frau *Murseli* und Frau *Ötkur* mit unserer Bundesgeschäftsführerin Frau *Nixtatis* an der Spitze. Das teilweise neu formierte Team hat sich trotz coronabedingter Erschwernisse mit großer Ausdauer und vorbildlichem Engagement für die Mitglieder eingesetzt und wird dies aus Überzeugung weiterhin tun.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich habe diesen weiten Bogen geschlagen, um zu verdeutlichen, wie schwierig die Gesamtlage aus beruflicher und verbandlicher Sicht aktuell ist. Behörden und Politik sind voll im Krisenmodus, der VBB kann sich dem nicht entziehen. Aber die Corona-Pandemie trifft manch anderen noch viel härter als uns, wie uns die Medien tagtäglich zeigen. Die Gefahr ist noch nicht gebannt und die allgemeine Stimmung in Deutschland ist zunehmend gereizt. Als vorsichtiger Optimist will ich dennoch ein aufmunterndes Sinnbild aufzeigen: Es ist wie mit heftigem Gegenwind beim Fahrradfahren. Man muss sich stärker anstrengen und kommt dennoch langsamer voran. Andere geben dann entnervt und erschöpft auf. Wir machen dies nicht, wir nehmen die Herausforderung

an und teilen unsere Kräfte bestmöglich ein. Wir machen das gerne gemeinsam mit starken Partnern, aber reine Windschattenfahrer brauchen wir dazu nicht. Unser Anspruch bleibt immer, realistische Ziele zu erreichen, das Machbare im Auge zu behalten. Und am Ende freut man sich umso mehr, wenn der eigene Anspruch trotz aller Schwierigkeiten bestmöglich erfüllt wurde.

Unser guter alter VBB hat einmal mehr gezeigt, wie widerstandsfähig und wichtig dieser Verband ist, gerade dann, wenn vieles nicht mehr so funktioniert wie gewohnt. Unsere Leistungen können sich angesichts der großen Herausforderungen sehen lassen.

In diesem speziellen Jahr 2021 werden wir als berufständische Gemeinschaft vermehrt darauf achten müssen, dass trotz verordneter Distanz zwischenmenschliche Verbandsstrukturen vital bleiben und dass die Zivilbeschäftigten der Bundeswehr bei der „Jahrhundertaufgabe“, wie es unsere Bundeskanzlerin nannte, bestmöglich vertreten werden. Ohne einen starken VBB mit viel Zusammenhalt würde dies schwierig, also weiter dranbleiben!



Dr. Hans Liesenhoff,
Bundesvorsitzender

Verband der Beamten und Beschäftigten der Bundeswehr e.V.



www.vbb-bund.de



Baumschulallee 18 a · 53115 Bonn · Telefon 0228.389270 · mail@vbb-bund.de

Nachruf für unser Ehrenmitglied Dietmar Zimmer

Dietmar Zimmer ist von uns gegangen. Mit ihm verliert der Verband der Beamten und Beschäftigten der Bundeswehr e.V. (VBB) eine intelligente und menschlich geschätzte Führungspersönlichkeit.

Beruflich führten den Juristen diese Eigenschaften schon in dienstjungen Jahren vom damaligen Bundesamt für Wehrtechnik und Beschaffung in das Bundesministerium der Verteidigung. Dort erwarb er sich schnell den Ruf eines kompetenten wie zuverlässigen Referenten. Das VBB-Mitglied Dietmar Zimmer hatte die besondere Fähigkeit, berechnete Bedürfnisse und Anliegen jeweils aller Statusgruppen des ministeriellen Personals zu erkennen und erfolgreich zu vertreten. Als Vorsitzender des Personalrats im BMVg traf Dietmar Zimmer gegenüber Arbeitern und Angestellten genauso glaubwürdig den richtigen Ton wie gegenüber seinen Beamtenkollegen. Genauso erfolgreich

hat er danach als beurlaubter Beamter seine langjährige Tätigkeit als Geschäftsführer der BwFuhrpark-Service GmbH gemeistert. An der Geschäftsführerfunktion schätzte er das hohe Maß an Freiheit und eigenverantwortlicher Arbeit. Seine Beamtenkarriere fand ihre verdiente Krönung als Präsident des Bundessprachenamtes.



Das Wohlergehen des VBB lag Dietmar Zimmer besonders am Herzen, was sich in seinem treuen Engagement widerspiegelte. Mit seinen exakt treffenden Analysen und seinen überaus fundierten Beiträgen hat er über viele Jahre

den Bundesvorstand und die Bundesleitung unseres Verbandes als stellvertretender Bundesvorsitzender bereichert. Nicht nur die Bundesvorsitzenden haben seinen unaufdringlichen Rat gesucht und geschätzt.

Sehr gerne erinnern sich die Kolleginnen und Kollegen des Bundesvorstands an seinen feinen Humor und seine Bodenständigkeit. Wenn es al-

lerdings darauf ankam, war Dietmar Zimmer der Fels, auf den man bauen konnte. All dies werden wir in dankbarer Erinnerung behalten.

Der Familienmensch Dietmar Zimmer liebte seine Eifeler Heimat und war in seiner Dorfgemeinschaft tief verwurzelt, spielte Orgel in der Kirche und Tuba im Spielmannszug. Wenn das Wetter es zuließ, stieg Dietmar Zimmer in sein Flugzeug und genoss die Freiheit über den Wolken. Natürlich hat ihn, wie sich das für einen „Eifeler Jong“ gehört, stets der Motorsport am Nürburgring begeistert.

Unsere tief empfundene Anteilnahme gilt seiner Familie, die nun schwere Stunden zu überwinden hat.

*Dr. Hans Liesenhoff,
für die Bundesleitung
Michael Meister,
für den Bereich III
Nordrhein-Westfalen*

Was bringt 2021?

Allem voran wahrscheinlich eine neue Bundesregierung – jedenfalls ist Bundestagswahljahr. Aber es gibt auch etliche Änderungen/Neuerungen die zum 1. Januar 2021 in Kraft getreten sind... ein Überblick

Nach diesem Jahr ist man (m/w/d) jedoch vorsichtiger geworden mit seinen Prognosen, hat die Corona-Pandemie doch eindrucksvoll verdeutlicht, wie schnell sicher geglaubte Zeitpläne über den Haufen geworfen werden können. Nichts desto trotz denken wir positiv, immerhin gibt das Grundgesetz (GG) den Zeitrahmen vor, in dem eine Bundestagswahl statt-

finden muss (Artikel 39 Abs. 1 GG) und die Bundesregierung sollte in der Lage sein, die Wahl sicherstellen zu können – immerhin haben wir noch neun Monate bis zur Wahl und die möglichen Problematiken sind derzeit keine Unbekannten. Der Termin steht jedenfalls.

Am 8. Dezember 2020 haben Bundespräsident *Steinmeier*,

Bundeskanzlerin *Dr. Merkel* und der Bundesminister des Innern, für Bau und Heimat *Seehofer* die Wahl zum 20. Deutschen Bundestag (Bundestagswahl 2021) für den 26. September 2021 angeordnet (veröffentlicht im Bundesgesetzblatt I, Seite 2.769 vom 14. Dezember 2020).

Für den Verband der Beamten und Beschäftigten der Bundes-

wehr e.V. (VBB) bedeutet dies noch offenen Forderungen den nötigen Nachdruck zu verleihen, um diese gegebenenfalls noch in dieser Legislaturperiode umsetzen zu können beziehungsweise frühzeitig mit den verschiedenen Parteien Kontakt aufzunehmen, um etwaige Forderungen (wie beispielsweise die Reduzierung der Wochenarbeitszeit der Bun-



desbeamten) in den Koalitionsvertrag schreiben zu können. Hierzu werden wir noch gesondert berichten.

Aber es gibt bereits auch ganz konkrete Änderungen, die ab dem 1. Januar 2021 in Kraft getreten sind:

> **Beihilfefähigkeit von Sehhilfen**

Die einschränkenden Vorgaben der Beihilfegewährung für Sehhilfen bei Personen, die das 18. Lebensjahr vollendet haben, entfallen. Bei Brillengläsern ist ein spezieller Visuswert oder eine Mindestdioptrienzahl zur grundsätzlichen Beihilfefähigkeit nicht mehr Voraussetzung.

> **Änderungen beim Kindergeld**

Eltern bekommen im ab 2021 mehr Kindergeld – so sieht es das Zweite Familienentlastungsgesetz vor, um Familien zu stärken. Ab dem 1. Januar 2021 gibt es sodann je 219 Euro für das erste und zweite Kind; 225 Euro für das dritte Kind und 250 Euro für das vierte und jedes weitere Kind.

Auch der steuerliche Kinderfreibetrag wird auf 8.388 Euro angehoben.

> **Grundrente**

Rund 1,3 Millionen Menschen mit kleiner Rente bekommen einen Aufschlag von im Schnitt 75 Euro. Voraussetzung: Sie müssen mindestens 33 Jahre Rentenbeiträge aus Beschäftigung, Kindererziehung und Pflegefähigkeit aufweisen.

Die Grundrente startet offiziell zum 1. Januar 2021, jedoch wird sich die Auszahlung wegen des hohen Verwaltungsaufwands voraussichtlich um mehrere Monate verzögern und dann rückwirkend erfolgen.

> **Solidaritätszuschlag**

Für fast alle Bürger fällt ab Januar der Solidaritätszuschlag weg. Weiter zahlen sollen die 10 Prozent mit den höchsten Einkommen.

> **Mehrwertsteuer**

Ab Januar gilt wieder der reguläre Mehrwertsteuersatz von 19 Prozent auf die meisten Güter und 7 Prozent auf Waren des täglichen Bedarfs. Die Bundesregierung hatte die Steuer

wegen der Corona-Pandemie zeitlich befristet für ein halbes Jahr gesenkt, um die Konjunktur zu stützen.

> **Mindestlohn**

Der gesetzliche Mindestlohn steigt ab 1. Januar von derzeit 9,35 Euro pro Stunde auf 9,50 Euro.

> **Einweg-Plastik-Verbot**

Ab 3. Juli 2021 ist es in der ganzen EU eine Ordnungswidrigkeit, bestimmte Artikel aus Einwegplastik zu verkaufen – hierzu gehört Besteck und Teller, Trinkhalme, Wattestäbchen, Luftballonhalter, Rührstäbchen etwa für den Kaffee sowie Styroporbecher und -behälter für Essen zum Mitnehmen.

> **Einkommenssteuer**

Für alle Steuerzahler steigt ab 2021 der Grundfreibetrag, auf den man keine Steuern zahlen muss – von statt bisher 9.408 Euro liegt er sodann bei 9.744 Euro. Die Grenze, ab der der 42-prozentige Spitzensteuersatz fällig wird, steigt leicht auf ein Jahreseinkommen von 57.919 Euro. Außerdem dürfen Alleinerziehende höhere

Unterhaltsleistungen bei den Steuern abziehen.

> **Steuererleichterung für Menschen mit Behinderungen**

Menschen mit Behinderungen können bei der Steuererklärung ab 2021 höhere Pauschbeträge geltend machen – hierzu haben wir bereits ausführlich berichtet.

Durch diese Pauschalen kann man es sich in vielen Fällen sparen, etwa Fahrtkosten aufwendig einzeln nachzuweisen. Konkret gilt etwa bei einem Grad der Behinderung von 50 künftig eine Pauschale von 1.140 Euro, bei einem Grad von 100 sind es 2.840 Euro.

> **Elektronische Patientenakte**

Ab 1. Januar sollen allen Versicherten die Elektronische Patientenakte zur freiwilligen Nutzung angeboten werden. Diese soll beispielsweise Befunde, Röntgenbilder und Medikamentenpläne speichern können. Ab 2022 erfolgen dann genauere Zugriffe je nach Arzt/Dokument. ■

Abschaffung des Solidaritätszuschlags (Soli) ab dem 1. Januar 2021 Bezügeabrechnung Januar

Wir hatten Ende 2020 darüber berichtet, dass eine Neuerung in 2021 unter anderem der Wegfall des Solidaritätszuschlags ist.

Rund 90 Prozent der Lohn- und Einkommensteuerzahler/-innen, die bisher mit dem Soli belastet waren, werden vollständig von der Zahlung befreit, weitere 6,5 Prozent zahlen weniger.

Bei der Bezügeabrechnung für die Januarbezüge 2021 können sie nunmehr feststellen, dass der Soli noch abgezogen worden ist. Insofern erreichen uns diesbezüglich schon etliche Anfragen.

Das Problem ist, dass aus technischen Gründen neue, ab dem 1. Januar eines Jahres geltende Steuerformeln im Abrechnungssystem erst nach dem Bezügelauflauf für den Monat Januar eingespielt und getestet werden können (Zahlmonat ist hierfür der Dezember).

Nach Rücksprache mit den zuständigen Stellen erfolgt eine Korrektur rückwirkend ab dem 1. Januar 2021 mit

den Bezügen für den Monat März.

Ergänzung: Laut einer Information des zuständigen Fachreferats im Intranet des BMVg vom 5. Januar 2021 ist

die Umsetzung für die Tarifbeschäftigten im Januar 2021 und für die Besoldungsempfänger mit den Bezügen Februar 2021 rückwirkend zum Januar 2021 vorgesehen. ■



© Pixabay.com/Steve Buissinne

Interview des VBB mit der Präsidentin des Bundesamtes für das Personalmanagement der Bundeswehr (BAPersBw), Sabine Grohmann

Frau Präsidentin Grohmann, Sie sind seit nunmehr gut zwei Jahren Präsidentin des Bundesamtes für das Personalmanagement der Bundeswehr. Wenn Sie auf diese Zeit zurückblicken, was sind die wesentlichen Meilensteine, die erreicht werden konnten?

Die zurückliegenden zwei Jahre waren sehr intensiv und begleitet von vielfältigen Modernisierungs- und Optimierungsprozessen. Hervorzuheben sind hierbei insbesondere die durchgeführte große Organisationsuntersuchung im BAPersBw selbst sowie die nunmehr kurz vor dem Abschluss stehende Untersuchung der Karrierecenter der Personalgewinnungsorganisation in der Fläche. Wir werden damit zukünftig die einzige Behörde im Geschäftsbereich des BMVg sein, die vollumfänglich und transparent von externer Seite anhand der Vorgaben des Organisationshandbuches des BMI untersucht wurde. Dies hat uns in die Lage versetzt, zielgerichtet dort nachzusteuern, wo Optimierungspotenziale aufgedeckt werden konnten. Zugleich verfügen wir aber auch über eine Grundlage, um einen erkannten personellen Mehrbedarf analytisch fundiert begründen zu können und so gezielt einzelne Bereiche zu stärken. Sichtbares Ergebnis dieser Organisationsuntersuchung ist die neue Struktur des Bundesamtes, die wir zum 1. Juli 2020 eigenommen haben. Deren Eckpfeiler sind die Einrichtung eines eigenen Leitungsstabs sowie die Bündelung der zivilen und militärischen Fachabteilungen in zwei eigene Geschäftsbereiche, die meinen



© BAPersBw

beiden Vizepräsidenten unter gleichzeitiger Abschaffung des Geschäftsführenden Generals unmittelbar zugeordnet sind. Ziel dieser Maßnahmen war es, insbesondere die Steuerungsfähigkeit in unserem großen Bundesamt mit rund 4.500 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie rund weiteren 2.900 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Karrierecentern zu erhöhen und zugleich die fachliche Unterstützung der Präsidentin zu verbessern. Und ich kann bereits jetzt unterstreichen, dass sich diese Entscheidung mehr als bewährt hat und in der täglichen Pra-

xis die Qualität in der Vorgangsbearbeitung erheblich gesteigert werden konnte. Ebenso konnten wir hierdurch spürbare Erfolge im Bereich der Optimierung der Personalgewinnung sowie der Besetzung von Dienstposten erzielen.

Sie sprachen auch die kurz vor dem Abschluss befindliche Organisationsuntersuchung der Karrierecenter der Bundeswehr an. Welche Ergebnisse können wir hier erwarten?

Ohne den abschließenden Entscheidungen sowie der Feinausplanung vorzugrei-

fen, möchte ich an dieser Stelle hervorheben, dass für mich die Beibehaltung eines starken regionalen Bezugs immer im Zentrum stand und steht. Wir brauchen auch zukünftig unbedingt die Nähe zu den Bewerberinnen und Bewerbern in der Fläche durch entsprechende Dienststellen vor Ort. Wir haben an vielen ehemaligen Standorten der Wehrbereichsverwaltungen unsere großen Karrierecenter mit Assessments ausgebracht. Hier sind viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit teils jahrzehntelanger Expertise tätig, die das Rückgrat unserer Personalgewinnungsorganisation bilden. Diese Bereiche zu stärken und gerade hier auch Entwicklungsperspektiven aufzeigen zu können, ist von ganz entscheidender Bedeutung. So hat sich gezeigt, dass wir an einigen Standorten gerade auch im Vergleich zu anderen Behörden des Geschäftsbereichs BMVg, aber auch der Kommunal- und Landesverwaltung im Hinblick auf attraktive Dienstpostengefüge ins Hintertreffen geraten sind. Dies gilt insbesondere für den mittleren Dienst sowie in Teilen auch im gehobenen Dienst. Um dieser Entwicklung entgegenzuwirken, wird ein Kernergebnis die Stärkung der Förderungsdienstposten, insbesondere in Spitzenverwendungen im mittleren Dienst sein. Aber auch die neu geschaffene Möglichkeit zur Ausbringung von Dienstposten der Besoldungsgruppe A13 gZ wird zur Anwendung kommen, um Tätigkeiten herauszuheben, die beispielsweise mit einer großen Personalverantwortung verbunden sind.

Stichwort attraktive Personalentwicklungsmöglichkeiten:

Die Trendwende Personal hat in den vergangenen Jahren zu einem erheblichen Aufwuchs von Berufs- und Zeitsoldaten im militärischen Personalkörper geführt. Wie fällt Ihre Bilanz mit Blick auf den zivilen Personalkörper aus?

In der Tat ist seit dem Beginn der Trendwende Personal im Jahr 2016 ein ganz erheblicher Aufwuchs im Bereich der Berufssoldatinnen und -soldaten sowie der Soldatinnen und Soldaten auf Zeit erfolgt. So konnte der Personalmfang insgesamt um über 9.000 Köpfe gesteigert werden. Hieran hat mein Bundesamt durch die harte und engagierte Arbeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Personalgewinnung, aber gerade auch der Personalbindung einen ganz entscheidenden Anteil.

Was aber immer wieder verkannt wird, ist der ebenfalls beachtliche Aufwuchs im Bereich der zivilen Kolleginnen und Kollegen. Hier haben wir seit Beginn der Trendwende Personal einen Zuwachs von 3.100 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern verbuchen können. Noch eindrucksvoller wird es aber, wenn man auf die bereits ministeriell entschiedenen, weiteren planerischen Zielumfänge des zivilen Personalkörpers in den kommenden Jahren blickt. Im Vergleich zum Jahr 2016 werden diese bis Ende des Jahrzehnts von rund 58.800 auf 71.300 zivile Mitarbeiterinnen anwachsen. Das ist im prozentualen Verhältnis ein weitaus höherer Aufwuchs als im militärischen Bereich.

Wir werden damit in den kommenden Jahren viele neue zivile Kolleginnen und Kollegen begrüßen können, die es dringend braucht, um

insbesondere die Soldatinnen und Soldaten von Verwaltungsaufgaben zu entlasten und sie vor allem in ihren militärischen Kernaufgaben einzusetzen. Dies gilt in besonderer Weise auch für mein Bundesamt.

Vor diesem Hintergrund konnte ich nun wirklich nicht nachvollziehen, warum ich in diesem Magazin jüngst lesen musste, dass über eine „Militarisierung der Verwaltung“ im BAPersBw sinniert wurde.

Lassen Sie uns abschließend auf das derzeit bestimmende Thema blicken, dem man nicht ausweichen kann: Wie wirkt sich die Coronapandemie auf die Arbeit des BAPersBw aus?

Ohne Zweifel, die Pandemie hat die Arbeit im Bundesamt in den vergangenen elf Monaten bestimmt und ich gehe fest davon aus, dass wir auch

über weite Teile des Jahres 2021 mit den begleitenden Einschränkungen und Herausforderungen werden umgehen müssen. Für mich war dabei von Anfang an immer und uneingeschränkt der Schutz meiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter handlungsleitend. Wir waren im Bundesamt bereits Anfang März – ganz zu Beginn der Pandemie – von einem COVID-Fall betroffen. Nicht zuletzt auch deshalb habe ich frühzeitig angewiesen, ein konsequentes Arbeits- und Gesundheitsschutzkonzept zu etablieren und die Präsenz vor Ort – wo immer möglich – in Richtung des mobilen Arbeitens zu verlagern. Und ich kann rückblickend feststellen, dass wir durch diese konsequente Vorgehensweise das Infektionsgeschehen im BAPersBw und in den Karrierecentern der Bundeswehr auf einem sehr niedrigen Niveau – weit unterhalb der >

Wir. Helfen. Dienen.



(c) 2017 Bundeswehr/Weber

Wir sind das Sozialwerk der Bundeswehr.

Mit diesem Auftrag engagieren wir uns seit 1960 für die Menschen in der Bundeswehr und für ihre Familien - vor allem als Ausgleich für die besonderen Anforderungen des militärischen Dienstes. Umfassende Erholungsmöglichkeiten und soziale Angebote sind unsere Stärke.

Damit Helfen wir denen, die dienen!

Helfen Sie uns - als Mitglied im Bundeswehr-Sozialwerk oder durch Ihre Spende.

**Jetzt Mitglied werden!
Nur 4,00 € monatlich.**



Bundeswehr Sozialwerk
Hier scheint die Sonne!

www.bundeswehr-sozialwerk.de



vergleichbaren Zahlen in der Bevölkerung – halten.

Gerade auch in unseren Karrierecentern in der Fläche – wo wir bis auf wenige Wochen des ministeriell angewiesenen Lockdowns – Assessments durchgeführt und hierdurch in Vor-Ort-Kontakt mit den Bewerberinnen und Bewerbern standen, hat sich dieses umfassende Sicherheitskonzept bewährt. Trotz der Durchführung Zehntausender Assessments ist es in keinem Fall zu einer Infektion

von Mitarbeiterinnen oder Mitarbeitern oder Bewerberinnen oder Bewerbern gekommen. Dies ist gerade auch der besonderen Umsicht und Sorgfalt aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zuzuschreiben.

Aber auch mit Blick auf die Leistungsbilanz des Bundesamtes in Jahr 2020 bin ich unter Berücksichtigung der Einschränkungen der Pandemie sehr zufrieden. So ist es uns beispielsweise gelungen, den Personalbestand der Be-

rufs- und Zeitsoldaten sogar leicht im Vergleich zum Vorjahr zu steigern. Eine tolle Leistung, die eines großen Kraftaktes bedurfte. Aber auch die zivile Personalführung hat hervorragend gearbeitet. So konnte beispielweise ein erneuter personeller Nettoaufwuchs von rund 300 Kolleginnen und Kollegen im BAAINBw erreicht werden, sodass der Besetzungsstand nunmehr auf fast 90 Prozent verbessert werden konnte. Damit versehen zugleich erstmals mehr als 10.000 An-

gehörige unserer Bundeswehr ihren Dienst im BAAINBw und dessen nachgeordneten Dienststellen. Allein rund 8.500 hiervon sind zivile Kolleginnen und Kollegen. Diese für sich sprechenden Zahlen sind zugleich weiterer Ansporn für uns, in unseren Anstrengungen nicht nachzulassen und die sehr guten Ergebnisse auch in diesem Jahr fortzuschreiben.

Frau Präsidentin Grohmann, wir danken Ihnen für Ihre Ausführungen. ■

2021 – wo stehen wir?

2021 ist bekanntlich ein Superwahljahr, da gilt es, vorbereitet zu sein. Aber wo stehen wir? Wo steht die Bundeswehrverwaltung überhaupt?

Der Verband der Beamten und Beschäftigten der Bundeswehr e.V. (VBB) hat in diesem Zusammenhang Ende 2020

Staatssekretär *Hoofe* angeschrieben, mit der Bitte um Beantwortung unter anderem der Fragen wie sich die Anzahl

der Uniformtragenden in der Bundeswehrverwaltung entwickelt hat beziehungsweise wie hoch der Anteil von Uni-

formtragenden in Führungsfunktionen ab A 16 ist.

Das Ergebnis – siehe anbei. ■

Wie hat sich die Anzahl der Uniformtragenden in der Bundeswehrverwaltung entwickelt?				
	Gesamtzahl Soldaten	davon Berufssoldaten	davon SaZ	aktive Reservistenleistungende
2020				
AIN	1.604	1.302	302	211
Personal	2.517	1.748	768	406
IUD	849	518	331	151
2019				
AIN	1.543	1.275	268	185
Personal	2.475	1.757	718	369
IUD	828	530	298	162
2018				
AIN	1.498	1.254	244	185
Personal	2.364	1.687	672	289
IUD	804	524	280	139
2017				
AIN	1.463	1.234	229	114
Personal	2.304	1.670	632	249
IUD	795	511	284	122

Wie hat sich der Anteil von Uniformtragenden in Führungsfunktionen ab A 16 aufwärts entwickelt?			
	Anzahl Soldaten A 16+	Anzahl Zivilpersonal A 16+	prozentualer Anteil Soldaten
2020			
	106	318	25,00 %
AIN	33	181	15,42 %
Personal	54	64	45,76 %
IUD	19	73	20,65 %
2019			
	107	327	24,65 %
AIN	33	181	15,42 %
Personal	53	63	45,69 %
IUD	21	75	21,88 %
2018			
	112	315	26,23 %
AIN	35	181	16,20 %
Personal	56	62	47,46 %
IUD	21	72	22,58 %
2017			
	114	304	27,27 %
AIN	34	165	17,09 %
Personal	59	62	48,76 %
IUD	21	77	21,43 %